

Uwe Hirschfeld

Globalisierung und die Konjunktur des Rechtsextremismus

Gemeinhin assoziiert man den Rechtsextremismus auch mit Nationalismus, so daß es auf den ersten Blick paradox erscheinen mag, die voranschreitende Globalisierung¹ in einen, gar auch noch strukturellen Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung der extremen Rechten bringen zu wollen.

Die Verbindung wird aber schon deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die sogenannte „Standortdebatte“, sieht man kurzfristig einmal von der neoliberalen Spezifika der Diskussion, auf die später noch eingegangen wird, ab, kaum etwas anderes ist, als eine Auseinandersetzung um *den Platz Deutschlands an der Sonne*. Es ist also lohnend, dem Gehalt einiger zentraler Diskussionsgegenstände und Begriffe im Spannungsfeld von Globalisierung, Nationalstaat, Demokratie, Sozialstaat und Rechtsextremismus nachzugehen.

Nationale Ökonomie und Nationalstaat

Blickt man auf die Geschichte des Kapitalismus, muß man feststellen, daß er immer schon über eine „globale Ökonomie“, zumindest über einen Weltmarkt verfügte. Zugleich aber ist einzuräumen, daß die „Karriere“ des Kapitalismus auch die „Erfolgsgeschichte“ der Nationalstaaten ist - ohne diese sogar undenkbar wäre. „Im gewissen Sinne war die bürgerliche Zivilisation der westlichen Welt als ganze dem Territorialprinzip verpflichtet, sie war - wie der Historiker Charles S. Maier formuliert - eine ‚Zivilisation der Einzäunung‘, die den umgrenzten Raum zum Bezugspol von Loyalität und Entwicklung machte.“ (Mahnkopf 1998, 1321)

Erst die Schaffung abgrenzbarer, zentral kontrollierbarer, sich kulturell zunehmend vereinheitlichender Territorien, erlaubte die Ausbildung *geschlossener* und *starker* Wirtschaftsräume. Überhaupt ist nicht „die Nation“ (sowenig wie „das Volk“) Voraussetzung des Nationalstaats, es ist exakt das Gegenteil der Fall: „Nation“ und „Volk“ sind Produkte des Nationalstaates. Erst die zentrale Staatsgewalt organisiert, in dem sie vorgefundene soziokulturelle Elemente aufgreift, stärkt oder schwächt, die Homogenität und Normalität (z.B. Sprache, Zeit, Geschichtsbewußtsein) eines Territoriums, inszeniert und institutionalisiert letztlich auch die *Ideologie* des jeweiligen Nationalismus, die vorgeblich die geistige Grundlage der Nation sein soll.²

¹ Dem Streit (siehe z.B. Röttger 1997a, 22ff; Krätke 1997), ob Globalisierung eine ökonomische Realität bezeichnet oder eine ideologische Schimäre ist in diesem Zusammenhang zu entgehen, in dem ein weit gefaßter Begriff von Globalisierung verwendet wird. Unter Globalisierung soll daher „jegliche ‚Zunahme der Intensität und der Reichweite grenzüberschreitender Austausch- und Interaktionsbeziehungen‘“ verstanden werden, „seien es wirtschaftliche Transaktionen, kulturelle und informationelle Austauschprozesse oder der grenzüberschreitende Austausch von Umweltschadstoffen“ (Brock/Wolf 1991, zit. n. Jäger 1996) Allerdings darf man sich dies nicht als einen egalitären Austausch vorstellen: Mehr als 85% der Finanzkontrakte werden in den USA, der EU und Japan abgeschlossen, über zwei Drittel der gesamten Weltein- und -ausfuhren verbleiben im Raum der OECD-Ökonomien (vgl. Hübner 1996, 44). Insbesondere große Teile Afrikas werden zunehmend marginalisiert, so hat sich der Anteil Afrikas am Welthandel von 4,4% 1970 auf 2,2 % 1992 halbiert (siehe Udeani 1999, Obrecht 1999). Ernstzunehmende Beobachter wie Jean-Christophe Rufin (1993, 31ff) warnen vor einer neuen, realen „terra incognita“ in Afrika.

² Lodovico bringt dies auf den Punkt: „Nationen im modernen Sinne, Nationalismen und

Die National-Ökonomien waren verknüpft -und erlangten damit ihre *Stärke*- mit der Entstehung des Welthandels: Handelsbeziehungen, Kolonialismus und Imperialismus sind nur denkbar -und praktizierbar- in einer politischen und wirtschaftlichen Struktur, die *Innen* und *Außen* unterscheidet.

Gleichzeitig war die Unterscheidung nach Außen die Basis der inneren politischen Entwicklung, u.a. der Herausbildung *parlamentarisch-repräsentativer Systeme*. Diese bilden das institutionelle Gefüge, in dem die sozialen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen geführt werden. Die Anrufung nationaler Interessen begründet eine quer zu den sozialen Antagonismen liegende „Gemeinsamkeit“ und bildet damit die Basis politisch-sozialer Kompromisse im Innern.

Die Wahrnehmung kollektiver, gar klassenumfassender oder -übergreifender Interessen bedarf ebenso einer, von den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen relativ unabhängigen Macht, wie auch die Marktstruktur selbst eine Sicherung und Kontrolle der Vertragsverhältnisse braucht.³ Beides vereint in sich der moderne, bürgerliche Staat. Er steht (scheinbar) „über“ allen gesellschaftlichen Klassen, handelnd zum Wohle der gesamten Nation, wie er auch die Einhaltung der „kleinen“ Vertragsbeziehungen überwacht und die Allgemeingültigkeit von juristischen, aber auch (je nach historischem Stand der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse) soziale Standards garantiert.

Die relative Unabhängigkeit der politischen Sphäre war und ist -wenn auch in veränderter Form- im übrigen ausschlaggebend für die Entwicklungsfähigkeit der Produktionsweise und auch des politisch-kulturellen Systems selbst. Und nicht zuletzt realisiert sich wiederum die Entwicklungsfähigkeit und Dynamik bürgerlicher Gesellschaften in ihrer *nationalstaatlichen Konkurrenz*.

Dabei ist nicht ein einmal existierendes System von Nationalstaaten die unveränderliche Grundlage der Weltmarktwirtschaft, sondern unveränderlich ist -bislang- lediglich das Strukturprinzip nationalstaatlicher politischer Verfaßtheit: Staaten und Nationen können sich ändern und tun es fortlaufend.

Fordismus, Demokratie und Sozialstaat

Mit dem Konzept der *fordistischen Regulationsweise* läßt sich eine dieser historischen Verhältnisbestimmungen von Politik, Ökonomie und Alltag fassen. Nach den dreißiger Jahren, insbesondere nach dem 2. Weltkrieg war die starke Binnenmarktorientierung der Ökonomie ein hervorstechendes Kennzeichen der fordistischen Regulation. Sie beruhte auf einer Ausweitung der internen Massenkauflkraft, deren Voraussetzung wiederum die Durchsetzung

Nationalstaaten sind also eine europäische Erfindung ... Im Falle Deutschlands sind die teutonisierenden Konstruktionen geradezu grotesk: als staatsrechtlich relevanter Begriff taucht ‚Deutschland‘ überhaupt erst im 19. Jahrhundert auf Vorher ist die vermeintliche Nation zwischen dem 16. und 19. hauptsächlich adjektivistisch und in den Köpfen einiger Intellektueller vorhanden. Zu den objektiven Determinanten des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und - nur ansatzweise - staatlichen Zusammenlebens der Menschen zwischen Mittelalter und 18. Jahrhundert konnte die Nationalität schon allein deshalb keine wichtige Rolle spielen, weil diese Gesellschaften und Staaten, die ihre Truppen oft und gerne aus ‚Ausländern‘ rekrutierten, um den eigenen Bevölkerungsbestand zu schonen, in einem strikten Sinne a-national waren. Die Oberschichten, allen voran Adel und Klerus, orientierten sich an gesamteuropäisch generierten Handlungskodizes, Kulturmustern und Moden: oft sprachen sie die Sprache ‚ihres‘ Volkes nicht oder nur unzureichend. Für das Volk, für die Unterschichten also, hörte die Welt buchstäblich am Dorfrand auf. Sie waren nach Sprache, Sitten, Kultur, sozialen Beziehungen und wirtschaftlichen Verflechtungen während Jahrhunderten lokal, allenfalls regional geprägt.“ (Lodovico 1992, 198; Ausl. UH) Siehe dazu auch ausführlicher - wenn auch in der kritischen Bewertung ausgesprochen naiv - „Die Erfindung der Nation“ von Anderson (1988).

³ Zur „marktwirtschaftlichen Logik“ siehe beispielsweise Altvater 1992, 75-78.

politischer Regulationsformen war, wie sozialpartnerschaftlicher Klassenkompromiß, Ausbau des Sozialstaats, korporative Einkommenspolitik.

Wesentliches Charakteristikum des Fordismus war die „Vermarktung“ bisher ausgesparter gesellschaftlicher Sektoren: auf kapitalistische Warenproduktion gestützter Massenkonsum, Industrialisierung der Haushalte und der Landwirtschaft, Kommerzialisierung von Dienstleistungen usw.⁴

Im Weltmaßstab wurde die fordistische Regulationsweise von der hegemonialen Position der USA innerhalb des Systems der konkurrierenden Blöcke gesichert. Der Dollar diente als „Weltgeld“, internationale Institutionen wie Weltbank oder Internationaler Währungsfond organisierten den Finanz- und Warenverkehr, dienten den wirtschaftlichen und politischen Interessen der entwickelten Industriestaaten, insbesondere des Westens.

Im Innern spielte die Ausbildung des *Sozialstaats* dabei eine zentrale Rolle, insbesondere zwei Aspekte sind hier hervorhebenswert.

„Mit Hilfe des Sozialversicherungssystems und der damit verbundenen Risikoverteilung sollen die Industrie in die Gesellschaft integriert und auftretende Belastungen sozialisiert werden.“ (Ronneberger 1998, 45f) Dabei geht es nicht nur um die „Abfederung“ negativer Momente der industriellen Produktion, sondern auch um „die Herstellung und Absicherung eines Raumes, der die ökonomisch-technologische Weiterentwicklung ermöglicht.“ (ebd.)

Als ein zweiter Aspekt ist der Bedeutungsrückgang der Moral zu nennen. Soziale Beziehungen sind weniger moralisch begründet und legitimiert als vielmehr rechtlich definiert (vgl. Ewald 1993, 485ff). Das reicht von der formalen Organisation von Herrschaft über die Anspruchsberechtigung in bestimmten sozialen Situation bis zur kollektiven und individuellen Vertragsförmigkeit sozialer Beziehungen in Ökonomie und im Alltag.

Beide Aspekte entspringen und führen zu einer besonderen Position des Staates: er ist die *zentrale Arena der sozialen Auseinandersetzungen*. Über das politisch-staatliche Feld läuft die Definition der Konfliktführung und der Kompromißbildung in Familie, Betrieb und Warenhaus, Urlaub und Schule.⁵

Hier wird auch der enge Zusammenhang von parlamentarischer Demokratie und Sozialstaat deutlich.⁶ Ohne die Möglichkeit der politischen Partizipation der subalternen Klassen sind auch die sozialen Errungenschaften und Kompromisse gefährdet, wie umgekehrt auch die Kontrolle / „Befriedung“ der politischen Auseinandersetzung durch die repräsentativen Formen beeinträchtigt wird, wenn die sozialen Leistungen gravierend eingeschränkt werden. Zumindest ist von einem Verlust an Berechenbarkeit und Verlässlichkeit in gesellschaftlichen Prozessen auszugehen.

4 Einen -auch empirisch belegten- Überblick für die (alte) Bundesrepublik bieten Voy / Polster / Thomasberger (Hg.) 1991.

5 Was in der Folge den neoliberalen Ideologen den Verwurf der allumfassenden staatlichen „Bevormundung“ ermöglichen sollte - und ja auch in der individuellen Erfahrung, wenn man die Dialektik von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Staat nicht beachtet, so wahrgenommen werden kann.

6 Dieser Zusammenhang drückt sich auch in der Charakterisierung des Sozialstaats als einem „konservativ-revolutionäre(n) Doppelwesen“ aus (Heimann [1929], zit. n. Ptak 1998, 16). In kritischer Auseinandersetzung mit dem Blair/Schröder-Papier (u.a. dokumentiert in der FR vom 10.6.99, S. 18) und Streek/Heinze (1999), zwei Mitarbeitern von Schröders „Denkfabrik“, hat Lessenich aktuell daran erinnert, daß der Sozialstaat mitnichten nur eine Veranstaltung für „Bedürftige“ ist, sondern vorallem auch, was Lenhardt/Offe bereits 1977 herausgearbeitet hatten, mittlerweile aber in weiten Teilen der sozialpolitischen und leider auch -wissenschaftlichen Diskussion „vergessen“ scheint, eine beständige Voraussetzung des arbeitskraftverzehrenden Kapitals ist: „Sozialpolitik umfaßt ... all jene repressions-, sozialisations- und sicherungspolitischen Maßnahmen und Strategien und Institutionen, die diesen Prozeß der ... Transformation von Arbeitskraftbesitzern in Lohnarbeiter, kontinuierlich aufrechterhalten.“ (Lessenich 1999, 418; Ausl. UH)

Wettbewerbsstaat, die Konkurrenz der Regionen und der Individuen

Schon in den siebziger Jahren kamen die Zentren des Fordismus in die Krise. Die Produktivitätsreserven (Stichwort: Natur) erschöpften sich zunehmend, gerieten in Konflikt mit den sozialpartnerschaftlichen und sozialstaatlichen Regulationsformen, die Gewinne sanken. Man braucht dabei nicht nur an die ökologischen Grundlagen denken, an den Verbrauch von Luft, Wasser, Brennstoffen usw.⁷, sondern auch an die Erschöpfung der Absatzmärkte. Um diese Problematik in ihrer gesamtwirtschaftlichen Dimension deutlich zu machen: Lag das Wachstum der Weltwirtschaft in den Jahren 1950 bis 1970 (den „fetten Jahren“ des Fordismus) bei jährlich ca. 5%, so pendelte es sich Anfang der 90er Jahre auf knapp über Null ein (+0,9%). „Und dies, obwohl die durchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität ... jährlich um weiterhin etwa 4% zugenommen hat!“ (Revelli 1997, 10; Ausl. UH)

Mit einer forcierten technologischen Entwicklung (automatisierte Produktion) und sozialer Anpassung (Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse) sollten die Einbußen wettgemacht werden. Damit wurden auch zugleich die Voraussetzungen für eine räumlichen Zerlegung der Produktion geschaffen - es kommt aufgrund moderner Kommunikations- und Transporttechnologien zu größeren Unabhängigkeiten von zusammenhängenden Produktionsstandorten. Man betrachte beispielsweise allein mal die immensen Transportwege für Lebensmittel, die *eben nicht* durch die geografische Lage (wie Klima, Boden) bedingt sind, sondern fast ausschließlich durch Marktentwicklungen und handelspolitische Gegebenheiten gesteuert werden.⁸

Die Ermöglichung (bis hin zur Forcierung) und die gesellschaftlichen Anpassungsleistungen der Globalisierung sind von Anfang an *ein politisches Projekt*. Ohne die politische Vorbereitung und Unterstützung ist die Globalisierung nicht denkbar. Die neoliberale Marktorientierung ist keine - auch wenn das ein Teil der Protagonisten in den Vordergrund rücken - „gegen den Staat“ gerichtete Strategie, sondern vielmehr „selbst Staat“.⁹ Nicht nur, daß sich vieler Orts die Initiative in staatlichen Programmen bündelten, der Konservatismus beispielsweise in England mit der weitgehenden Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung durch Thatcher eine wesentliche Voraussetzung neoliberaler Reformen schuf, es geht in der Globalisierung nicht um eine Auseinandersetzung nach dem Muster „Markt“ oder „Staat“, sondern um die neue Bestimmung des *politischen Marktes* oder, mit anderer Begrifflichkeit ausgedrückt, um eine *aktuelle Form des „erweiterten Staates“*¹⁰, um „eine neue Phase der *Durchstaatlichung* der Gesellschaft“ (Hirsch

7 Um nur ein Beispiel zu nennen: 60% aller Kohlenmonoxyd-Emissionen werden von denen verursacht, die als motorisierter Teil der Weltbevölkerung mal gerade 7-8% ausmachen. Man kann sich vorstellen, was die, von Bundeskanzler Schröder gerade betriebene „Erschließung des chinesischen Marktes“ für das Automobil den nächsten Generationen ökologisch kosten wird.

8 Man muß sich vergegenwärtigen, daß ein Drittel des Welthandels aus dem internen Handel transnational operierender Konzerne besteht (siehe Mahnkopf 1998, 1321).

9 Hier kann nur auf diese zwar populäre, für die Analyse aber hochproblematische falsche Dichotomie hingewiesen werden. Ein großer Teil der Kritik an der Globalisierung sieht den Staat als „Opfer“, den es gegenüber dem neoliberalen Marktfundamentalismus zu verteidigen gelte. Dies verkennt aber nicht nur die aktive Rolle des Staates im Prozeß der Globalisierung, ignoriert nicht nur, daß der Staat in den letzten Jahren -entgegen aller Propaganda - keineswegs allgemein „schlanker“ wurde (tatsächlich verändert er nur die Proportionen von Kontrolle-Repression und demokratisch-sozial), sondern folgen in der Struktur gerade der neoliberalen Programmatik, Ökonomie und Politik als gegenseitig wesensfremd zu bestimmen. Zur gründlichen Auseinandersetzung mit dieser Problematik siehe Röttger 1997a, insbesondere 33ff und -knapp zusammengefaßt- Röttger 1997b.

10 In der staats-theoretischen Diskussion geht das Konzept des „erweiterten Staates“ auf Antonio Gramsci (in dt. 1991ff) zurück, der in Folge der gescheiterten -sozialistischen- Revolutionen in Westeuropa nach dem 1. Weltkrieg und in Kritik eines engen Staatsbegriffes die Elemente der „Zivilgesellschaft“ einbezog (siehe dazu einführend Kebir 1991; wissenschaftstheoretisch

1998, 83)

Dieser „neue Staat“ nachfordistischer Regulation¹¹ wird zunehmend als „nationaler Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 1995) bezeichnet.¹² Vor allem zwei Merkmale sind hervorzuheben: „(1) In *funktionaler* Hinsicht hört der Staat auf, die nationale Ökonomie auf der Basis administrativ organisierter Klassenkompromisse zu regulieren. Sein vorrangiges Ziel ist nun vielmehr die Optimierung der Kapitalverwertungsbedingungen auf nationaler Ebene in bezug auf den globalen Akkumulationsprozeß in fortwährender Konkurrenz mit anderen nationalen ‚Standorten‘. ...

(2) *Strukturell* vollzieht sich damit eine Entdemokratisierung innerhalb des institutionellen Rahmens der liberalen Demokratie. D.h., grundlegende politische Entscheidungen werden von demokratischen Willensbildungsprozessen und den sich darin ausdrückenden Interessen der Bevölkerung abgekoppelt.“ (Hirsch 1998, 33; Ausl. UH)¹³

Diesen Prozeß hat auch Revelli im Blick, wenn er feststellt, daß das Kapital heute zunehmend „dem öffentlichen Verwaltungsapparat sein Organisationsmodell (Kostenrechnung)“ aufzwingt (Revelli 1997, 54). Das „Unternehmen Staat“ konkurriert mit anderen Standortbietern um die Ansiedlung und den Verbleib von transnationalen Konzernen, deren Bedingungen werden als „Sachzwänge“ an die Bevölkerung durchgestellt¹⁴. Dabei ist es im Ergebnis weitgehend unerheblich, ob dies durch den Verkauf staatlicher Unternehmen und ihrer damit verbundenen betriebswirtschaftlichen Neuorganisation (z.B. die Bahn) oder durch eine Privatisierung staatlicher Aufgaben (z.B. im Sicherheitsbereich) oder durch die Ökonomisierung im verbleibenden staatlichen Bereich geschieht (siehe z.B. „Neue Steuerungsmodelle“¹⁵).

Die Abwärtsspirale, in der sich die um Kapitalanlage konkurrierenden Staaten bewegen, wirkt aber nicht nur im internationalen Verhältnis, sondern auch im Innern. „Der Wettbewerbsföderalismus innerhalb der Nationalstaaten ist nur die Kehrseite des verschärften Standortwettbewerbs unter den Nationalstaaten.“ (Bischoff 1999, 193) Die Länder und Kommunen beteiligen sich - zwangsläufig- am Wettbewerb, günstige Standorte zu bieten. Zugleich spitzen sich die internen Auseinandersetzungen zu: die Länder, die Städte, die nicht „wettberwerbsfähig“ sind, werden entsprechend zugerichtet.¹⁶

vertiefend Demirovoc 1996, bes. 148ff und 165ff).

11 Die Rede von der „nachfordistischen Regulation“ ergibt sich aus dem Problem, daß noch keine Verständigung über die angemessene Bezeichnung der neuen Verhältnisse erzielt werden konnte. Was aber nicht als bloßes Kommunikationsproblem der Theoretiker mißverstanden sollte: dahinter steckt die reale Schwierigkeit, daß es sich um Tendenzen handelt, die zudem in verschiedenen Ländern auch noch unterschiedlich ausfallen. Lipietz (1997, bes. 6, Abb. 1) sieht international eine beträchtliche Spannweite zwischen „Flexibilität“ und „Einbindung“: an dem einen Ende den „Neo-Taylorismus“ in den USA, am anderen Ende das schwedische Modell des „Kalarismus“ (nach der Stadt mit dem Volvo-Werk). Der japanische „Toyotismus“, auf den ich mich (mit Revelli 1997) desweiteren beziehen werde, nimmt eine mittlere Position ein, Deutschland wäre zwischen Japan und Schweden zu verorten - aber selbstverständlich ist alles im Fluß ...

12 Butterwegge verweist richtigerweise darauf, daß der neoliberale Standortnationalismus von einer zweiten Strömung, einem „völkisch-nationalistischen, protektionistisch orientierten Abwehernationalismus“ begleitet wird, „der in den Ländern überwiegt, die ihre Marktöffnung als ‚Globalisierungsverlierer‘ mit sozialen Verwerfungen bezahlen (z.B. Rußland).“ (Butterwegge 1999, 90)

13 Griffige formuliert Hübner (1996, 46): „Den politischen Subjekten von Demokratie geht der (ökonomische) Gegenstand von Demokratie verloren.“

14 Am Beispiel der europäischen Informationsgesellschaft zeigt Scharper-Rinkel (1999) die „politische Produktion von Sachzwängen“; auf eine andere postfordistische Schlüsseltechnologie, die Biotechnologie bezieht sich Barben (1997).

15 Siehe dazu den interessanten Artikel Davids/Hancock (1998), der sich auf Erfahrungen in Australien bezieht.

16 Für die aktuellen Tendenzen in der Bundesrepublik siehe „Die Stadt als Beute“ von Ronneberger / Lanz / Jahn (1999); einen für uns immer noch aktuellen Blick in die USA nach Los Angeles kann man mit Keil

Damit gerät nicht nur das aus dem Grundgesetz ableitbare sozialstaatliche Gebot der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse (siehe §§ 72, 106 GG) in Gefahr, es zeigt sich vor allem auch ein Wandel im staatlichen Selbstverständnis: Konsens- und Ausgleichsprinzipien treten gegenüber dem Leitbild einer umfassenden Konkurrenzgesellschaft zurück, in der dem Staat die Aufgabe *der Förderung des Wettbewerbs in allen Lebensbereichen* zufällt.

Die Fortsetzung dieser Tendenz findet sich in der Vorstellung, daß „Der Mensch als Firma“ (Spiewak/Uchatius 1999) zu sehen sei, wie „Die Zeit“ unlängst titelte - und durchaus zutreffend die neuen Formen der (Schein-)Selbständigkeit beschrieb.

Wenn Wacquant (1997) „Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika“ spricht und dabei als eine Entwicklung „Vom wohltätigen Staat zum strafenden Staat“ beobachtet, dann ist damit - trotz aller bestehenden Unterschiede - eine auch für die Bundesrepublik erkennbare Tendenz bezeichnet. Dabei mag man z.B. an die Kürzungen für AsylbewerberInnen denken, an die teilweise „Auszahlung“ in Naturalien, aber auch an Versuche, Arbeitslose in Arbeit zu zwingen oder zu „gemeinnütziger“ Arbeit zu zwangsverpflichten. Die inzwischen einen volkswirtschaftlich beachtlichen Betrag erreichenden Zuzahlungen zu Medikamenten sind ebenfalls nichts anderes als eine Bestrafung der Versicherten für ihre Erkrankung.¹⁷ Auch der rigide Umgang mit „Auffälligen“ in Einkaufspassagen und Bahnhöfen, die entsprechenden Auseinandersetzungen sind in der Tagespresse jeder größeren Stadt nachzulesen, weist in diese Richtung.¹⁸

Als ein erstes Ergebnis muß an dieser Stelle eine allgemeine strukturelle Schwächung der demokratischen Gehalte im nationalen Wettbewerbsstaat festgehalten werden. Immer mehr staatliche Bereiche werden dem demokratischen Zugriff entzogen, die politischen Gremien verlieren an Entscheidungskompetenzen, an die Stelle solidarischer Muster treten umfassende Konkurrenzverhältnisse. Zugleich sind Tendenzen einer Zunahme von Kontrolle und Repression festzustellen.

Politik im neoliberalen Betrieb

(1993) „Weltstadt - Stadt der Welt“ werfen.

¹⁷ Überhaupt läßt sich im Zusammenhang mit den sog. „Gesundheitsreformen“ der Prozeß neoliberaler Umsteuerung aufzeigen. Zunächst ist festzustellen, daß die stets als Vorwand genannte „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen schlicht nicht existiert. Von 1980/84 bis 1991/95 stieg der Ausgabenanteil am BIP von 5,87 % auf 5,95 % (bezogen auf Westdeutschland), was wahrlich nicht die Rede von einer Explosion zu rechtfertigen vermag. Beachtlich gestiegen sind allerdings die Beiträge zu Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV): von etwa 11,38 % (1980) auf 13,42 % (1997) - was aber auf die sinkenden Einnahmen der Kassen zurückgeht, die sich ja aus den Arbeitseinkommen ihrer Versicherten speisen. „Deren Anteil am Volkseinkommen - die Lohnquote - ist seit den frühen 80er Jahren von ca. 72% auf heutige 66% gesunken.“ (Braun/Reiners 1999, 1085) Um einen weiteren Anstieg der Beitragssätze zu verhindern (oder zumindest zu bremsen) wurde die „Selbstbeteiligung“ der PatientInnen eingeführt (und immer wieder erhöht), nicht nur eine mittlerweile gravierende Abweichung vom Prinzip der je 50%igen Finanzierung der GKV durch Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile, sondern vorrangig eine Bestrafung für die Inanspruchnahme der Versicherung. Denn als Steuerungsmittel sind sie zumindest im Sinne einer Ausgabenreduzierung untauglich (siehe z.B. Steffens 1997, 47f).

¹⁸ Lindenbergh/Schmidt-Semisch (1995) sprechen daher auch bei den bundesdeutschen Verhältnissen vom „Übergang in die Kontrollgesellschaft“; vgl. auch Legnaro (1997) und Cremer-Schäfer (1997). Gössner schildert „Bürgerrechtliche Kosten der ‚genetischen Rasterfahndung‘“ und schließt mit einem Blick auf die Bundestagsbeschlüsse zu „Auskunftspflicht“ und „Amtshilfe“: „Künftig sollen ... Sozialleistungsträger gezwungen sein, unter anderem den aktuellen Aufenthalt ihrer Klienten an die Ermittlungsbehörden weiterzumelden. Dazu bedarf es keines Haftbefehls und keiner richterlichen Anordnung. Es reicht der bloße Verdacht, der Betreffende habe eine Straftat oder eine Verkehrsordnungswidrigkeit begangen oder schulde dem Staat - etwa der Bafög-Stelle oder dem Finanzamt - Geld (ab 1000 DM). In einem solchen Fall wird beim nächsten Gang zum Sozialamt oder zur Krankenversicherung möglicherweise die Polizei in der Amtsstube auf den ‚Delinquenten‘ warten.“ (Gössner 1998, 1111f; Ausl. UH)

Aufschlußreich ist, nach der Skizzierung staatlicher Beziehungen, ein Blick auf die Verhältnisse in der Arbeitswelt. Sicher ist die Situation hier sehr vielfältig, stehen noch eher traditionelle Beschäftigungen neben Zeitkonten und Qualitätszirkeln. Doch sind Tendenzen auszumachen, insbesondere im industriellen, aber auch im Dienstleistungsbereich, die auf gravierende Veränderungen hinweisen. Diesen kommt zudem eine größere Bedeutung zu, da die sozialstaatliche Regulierung reduziert wird und sich soziale Interessenformulierung und -vertretung, wie auch die damit verbundenen Konflikte „privatisieren“.19 Ein Grund mehr für einen Blick in die moderne Arbeitswelt.

Passen sich die produzierenden Betriebe (zumindest der bisherigen Massengüter) der sich aus den weitgehend erschöpften Märkten und endlichen Ressourcen ergebenden Logik an, und sie haben bei der Gefahr des Untergangs keine andere Wahl!, dann müssen sie bei reduziertem oder zumindest stagnierendem Produktionsumfang die Kosten senken, wenn sie weiterhin Gewinne machen wollen.

Dazu ist der bisherige Aufwand an „unproduktiven Arbeiten“ zu reduzieren: der Modebegriff dafür ist mittlerweile in die Alltagssprache eingegangen: *lean production*: Verschlinkung der Produktionsprozesse, also beispielsweise der Abbau von Lagerräumen und -zeiten, die in der fordistischen Epoche wegen unzureichender Synchronisation *nötig* und wegen hoher Stückzahlen *möglich* waren. Bewegten sich die durchschnittlichen Lagerzeiten früher im Monatsbereich, sind sie gegenwärtig auf Tage geschrumpft: 16,3 Tage in europäischen Unternehmen, 8,1 in amerikanischen Betrieben, 1,5 Tage in japanischen Industriebetrieben. Bei Fiat - und dies wird wohl auch in den neuen Automobilwerken, sei es bei Opel oder VW - nicht anders sein, rechnet die Bevorratung nach Stunden (vgl. Revelli 1997, 20). Dies ist die Produktion des „just in time“.

Was da *-just in time-* auf Null gebracht wird, sind aber nicht nur, Reifen, Getriebe, und elektronische Bauteile, sondern ist auch immer Arbeit, von lebendigen Menschen ausgeübte Arbeit; jede *auf Null gebrachte* nicht unmittelbar produktive Arbeit läßt die Zahl der Arbeitslosen in die Höhe schnellen. Was vor Jahren noch -verwunderte- Meldungen in der „Tagesschau“ provozierte, *steigende Aktiennotierungen bei Entlassungen*20, ist heute zur Selbstverständlichkeit geworden: *Wachstum* im Postfordismus *heißt weniger Beschäftigte*21 -und wird an der Börse entsprechend honoriert.

Neben dem vollständigen Ausschluß aus der Erwerbsarbeit, kritische Beobachter sehen die Entstehung einer „Klasse der Entbehrlichen“ (Lanski)22, gibt es das Pendeln zwischen verschiedenen Anbindungsgraden (Kernbelegschaft - Aushilfskräfte), zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, gibt es unterschiedliche Formen der Teilzeitbeschäftigung, der Leiharbeit und der „unternehmerischen Arbeit“, also von Franchisenehmern über Werkvertragsarbeiter bis zu den scheinselfständigen Spediteuren/LKW-Fahrern. Die Anpassung an die nachfordistischen Produktionserfordernisse bedingen auf jeden Fall das Ende des sogenannten „Normalarbeitsverhältnisses“.23 Im Ergebnis führt das zu einer Intensivierung und Effektivierung der Produktion: so sind „in der BRD die Betriebszeiten von 60,6 Wochenstunden 1984 auf 71,8 1996 ausgeweitet worden ... In der Automobilindustrie werden heute weltweit effektive Laufzeiten der

19 Pointiert formuliert daher Zeuner (1998): „Das Politische wird immer privater.“

20 Um noch einmal an die „alte Logik“ zu erinnern: im Fordismus verwiesen Entlassungen auf schlechte Auftragslage, einen Rückgang der Produktion usw., alles Gründe, diese Aktie nicht zu erwerben.

21 Zumindest so lange die Fragen der gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit(zeit) nicht diskutiert werden.

22 Kronauer (1997, 46), der einen Überblick zu „Sozialer Ausgrenzung“ und „Underclass“ bietet, resümiert: „Von allen anderen Schichten und Klassen unterscheidet sich die Formation der ‚Entbehrlichen‘ durch das Wesensmerkmal der Negativität. Kein ökonomisches, soziales oder kulturelles Kapital, keine Arbeitsform konstituiert eine positive Identität. Identität wird ‚von außen‘, als Stigma, zugeschrieben oder ist in ihren positiven Zügen ständig gefährdet, gebrochen durch die Erfahrung des Verlusts.“

23 Was zunächst einmal nur heißt: eine (männliche!) Facharbeiterexistenz, die ausreicht, die familiäre Reproduktion zu sichern. Dieser fordistisch-herrschende Idealtypus bot die Orientierung für die entsprechende Ausgestaltung der Rechts- und Sozialordnung (vgl. Matthies u.a. 1994, 24ff). (Es ist an dieser Stelle unerheblich, ob es sich bei diesem „Normalarbeitsverhältnis“ nicht schon damals um eine Fiktion gehandelt hat - aber selbst wenn dies so war, so war es doch eine sehr realitätsmächtige Fiktion.)

Fließbänder in Höhe von 98% der vorgegebenen Betriebszeiten gemeldet, und die bei hohen Qualitätsstandards und Nullfehlerproduktion“ (Bischoff 1999, 240; Ausl. UH).

Lean production - just in time - Diese Konzepte sind mit langen Produktionszyklen nicht umzusetzen. Es muß kurzfristig und flexibel reagiert werden, auf „Sicht navigiert“ werden, die Planungen für die nächsten 10 / 15 Jahre, in den 60er Jahren üblich, werden immer unsicherer; es geht in einigen Bereichen nur noch um Monate, Wochen oder, wie in der Computerbranche, um Tage.

Dies ist mit der traditionellen Unternehmenssteuerung, bürokratisch-militärisch, von oben nach unten, nicht zu machen, der *input*, die aktuelle Marktnachfrage muß unmittelbar in den Produktionsprozeß eingehen. Dieser muß sich -nach Maßgabe größter Effizienz- selbst organisieren und auch beständig selbst umorganisieren. Die separate, von außen kommende, Kontroll- und Anweisungsstruktur geht auf in der sich selbst steuernden, kontrollierenden und rationalisierenden Produktionsstruktur.²⁴

Was sich als Taylorismus zunächst der Effizienz der individuellen Arbeitskraft zuwandte, gilt nun für den Organismus der gesamten Fabrik. Damit kommt es zu einer Umkehrung der bisherigen Bedeutung von Subjektivität im Produktionsprozeß. Zunächst als Störung des fremdorganisierten Arbeitsabläufe gefürchtet, kontrolliert und weitgehend eliminiert, wird sie in der postfordistischen Fabrik zur Ressource: ohne die *Eigeninitiative* des einzelnen „Mitarbeiters“ kann sie nicht funktionieren. „Nur wenn Teile der Belegschaft sich mit den Unternehmenszielen identifizieren und Marktmechanismen internalisieren, kann das Management hierarchisch-bürokratische Organisationsformen abbauen und Teamarbeit fördern.“ (Ronneberger 1998, 46)

Taijchi Ohno, „Vater des Toyotasystems“, bezeichnet daher die „Selbstaktivierung“ als einen Eckpfeiler seiner Philosophie. Da Unterbrechungen des Produktionsprozesses gegen Null tendieren sollen, müssen die unmittelbar Beschäftigten die Störung im Moment ihrer Entstehung erkennen und umgehend selbst beheben, was für die einzelnen Arbeiter „Momente subjektiver Autonomie, Entscheidungsspielräume, Eingriffsmöglichkeiten“ in die Arbeitsabläufe bedeutet. (Revelli 1997, 26)

Die Zunahme der Einflußmöglichkeiten hat allerdings ihren Preis: sie setzt voraus, daß die Fabrik Teil seiner eigenen Identität, ja geradezu Bedingung dieser wird. „Nur auf dieser Grundlage - einer radikalen Abkehr von jeder Konfliktstrategie und jeglicher Spur von Interessenpluralität - kann ein Organisationsmodell konzipiert werden, das zu Partizipation und Selbstaktivierung (in einem immer noch privatkapitalistischen Betrieb!) stimuliert.“ (Revelli 1997, 29)

Marco Revelli verweist daher auch auf die historischen „Niederlage der Arbeiterbewegung“ (ebd.), die mit dieser Veränderung einher geht. Ihre Gestaltungsfähigkeit beruhte auf der Anerkennung eines strukturellen Konflikts, auf dem Zugeständnis kollektiver Interessenvertretung und der Planbarkeit der Auseinandersetzungen. „Denn die >Person<, die das Kapital im Rahmen seines neuen Modells aktiver Subjektivität >mobilisieren< will -...- ist eben nicht die integrale, autonome und unabhängige Person einer auf Emanzipation setzenden Arbeiterbewegung, sondern eine in ihrem Horizont auf die Fabrikebene reduzierte, amputierte >Person<, die sich -per definitionem- nicht als >unabhängige Variable< setzen kann.“ (Revelli 1997, 31; Ausl. UH)

Der Herrschaft über die Körper, die das widerständige Denken nicht brechen konnte, folgt die Selbstunterwerfung der Seele. Die Fabrik und ihre Arbeiter wird zur organischen Gemeinschaft, der Logik des Vertrags folgt die des Geschenks, der Treue und des Vertrauens. „Während die fordistische Unternehmenskultur die funktionale Trennung von Organisationsmitgliedschaft und Lebenswelt betonte, propagieren postfordistische Konzepte die Vision einer exklusiven betrieblichen Lebenswelt und den Aufbau von ‚Totalen Gemeinschaften‘.“ (Ronneberger 1998, 47) „Was das Arbeitsverhältnis, das sich im Innern des postfordistischen Produktionsmodells herausbildet, in gewisser Hinsicht wieder in die Nähe des vorkapitalistischen Knechtschaftsverhältnisses rückt, in dem Verhaltensweisen dominieren, die frei von >öffentlicher< bürokratischer Logik wie >privater< Vertragslogik, vom Formalismus des Staates wie der Abstraktheit des Marktes“ sind. (Revelli 1997, 32)²⁵

24 Was u.a. auch erklärt, warum die Entlassungen im Kontext der lean production oftmals nicht die unmittelbar in der Produktion beschäftigten Mitarbeiter treffen, sondern Angestellte der mittleren Ebene, auch Führungspersonal. lean management gehört, zur Verwunderung der Betroffenen, durchaus zur „Verschlankung“ dazu.

25 Die Gefahr „neuer Mittelalterlichkeit“ sieht beispielsweise auch Giddens (1994; zit. n. Butterwegge 1999, 116); auch bei der urbanen Entwicklung sprechen Ronneberger / Lanz / Jahn (1999, 185ff) vom „Weg zur neofeudalen Stadt“. Einen Eindruck aus den USA vermittelt Thurow (1996): „Rechnet man von privaten Wachdiensten bewachte Apartmenthäuser ein, leben 28 Millionen in solchen Enklaven. Man geht davon aus, daß sich ihre Zahl in den nächsten zehn Jahren

Die Gewerkschaften werden dabei nicht plötzlich verschwinden, aber ihre Bedeutung, ihre Rolle, ihre Macht werden sich ändern. Sie verhandeln weiter, aber in einer „subalternen Form“ der Mitwirkung am großen Ganzen des Unternehmens. Dies ist z.B. erkennbar bei den Versuchen, die bisherigen Flächentarifverträge zugunsten von Haustarifverträgen auszuhebeln.

Nun sind diese Tendenzen aber -glücklicherweise!- auch nicht als frei von Widersprüchen zu lesen. Zwei Widerspruchsebenen, die Anknüpfungspunkte demokratischer Politik sein können, sind besonders hervorzuheben:

1. Die Abhängigkeit des neuen Produktionsmodells von der Subjektivität der Arbeitskraft, eben ihrer Bereitschaft, sich *vollständig* in den Dienst des Unternehmens zu stellen. Hier ist keinerlei Normierung möglich! Der Produktionsapparat ist den Leidenschaften, der Motivation, der Intensität unmittelbar ausgeliefert. Bei der *just in time* Produktion gibt es keine Puffer für die „Aussetzer“ der lebendigen Arbeit. Dieses Produktionssystem ist hochgradig verwundbar „und zwar auch für aus der Peripherie kommende Krisen.“ (Revelli 1997, 35) Und „Peripherie“ meint nicht nur Länder der sog. „3. Welt“, sondern alles, was sich außerhalb des Arbeitsprozesses befindet: von der Niederlage der Fußballmannschaft über das abendliche TV-Programm bis zum Sexualleben der MitarbeiterInnen. Aber es gibt keine Umsetzung der Blockademacht dieser kleinen Einheiten in eine gesteigerte Verhandlungsmacht des kollektiven Gesamtarbeiters. Es gibt vielmehr eine Auflösung der Polarisierung von Kapital und Arbeit in eine Vielfalt unterschiedlicher „Eigentümer“ mit unterschiedlichen, auch gegensätzlichen Interessen. (siehe Scheinselbstständigkeit; Kontrollversuche durch das Kapital / Vertragsstrafen die die Existenz bedrohen usw.)

2. Die Schere, „die das System >subalternen Partizipation< zwischen *stimulierten* und *befriedigten* Erwartungen, zwischen propagierter Ideologie der Kreativität und realer Praxis der Subalternität öffnet.“ (Revelli 1997, 36) Der selbstbestimmte Wechsel von Tätigkeiten (z.B. in den U-Linien bei Toyota) bleibt der Wechsel extrem kurzfristiger, zerstückelter und fremdbestimmter Tätigkeiten. Es gibt weiterhin keinerlei Beteiligung an taktischen Unternehmensentscheidungen, geschweige denn an Grundsatzfragen. Im neuen transnationalen Unternehmensmodell entfernt sich vielmehr der Ort strategischer Entscheidung immer weiter vom Raum des realen Arbeitsprozesses..

Fassen wir die Politik im neoliberalen Betrieb in einem zweiten Ergebnis zusammen, müssen wir Tendenzen der Entformalisierung von Konflikten, wie der Konzentration neuer sozialer Auseinandersetzungsformen im nachfordistischen Betrieb konstatieren. Das Verhältnis von Unternehmen und (Kern-)Belegschaft nimmt stark subjektivierte Formen an, die in eine korporative Identität eingeschlossen sind, die bis in den Alltag hineinragt. Die Regularien und Prozesse staatsbürgerlichen und -politischen Verhaltens und die betrieblichen Muster verlieren an Ähnlichkeiten und Übertragungsmöglichkeiten.²⁶ Aus den Arbeitsverhältnissen geht - in der Tendenz der geschilderten Entwicklung - keine gesellschaftliche Kraft hervor, die zu einer Kompensation oder gar Erneuerung der erudierenden staatlich-demokratischen Verhältnisse beizutragen vermag.²⁷

Rechtsextremismus

Die skizzierten Entwicklungen haben schon deutlich gemacht, daß es eine Vielzahl von Anschlußmöglichkeiten für die extreme Rechte an die gegenwärtigen politischen und

verdoppeln wird... Es gibt heute dreißigtausend Gemeinden, in denen sich Menschen wie im Mittelalter durch Mauern und Wächter an den Toren ihrer städtischen oder vorstädtischen Enklaven von der Außenwelt abschließen.“ (zit. n. Bischoff 1999, 232) Das Leben inner- und außerhalb dieser geschlossenen Areale schildert in einem spannenden Roman T. Coraghessan-Boyle (1996): América.

26 Was insofern von Bedeutung ist, daß die -ohnehin fragwürdigen- gewerkschaftliche Strategie des „Bürgers im Betrieb“ (beispielsweise in Matthies u.a. 1994 erkennbar), dem -in Analogie zur staatlichen Demokratie- auch im Unternehmen Mitbestimmungsmöglichkeiten geboten werden müssen, vollends ins Leere läuft.

27 Zumindest der traditionellen parlamentarisch-sozialstaatlichen Systeme. Röttger (1997c, 22) stellt so provozierend wie zutreffend fest: „Indem der Neoliberalismus unter der Kuratel der Globalisierung die Verteilungsfrage tabuisiert, wirft er die Frage der Aneignungs-Ungerechtigkeit neu auf.“

ideologischen Diskurse gibt. „Mit seiner Niedriglohnstrategie, die zu einer Refeudalisierung der Gesellschaft (Spaltung in Privilegierte auf der einen und Dienstboten auf der anderen Seite) führt, bereitet der Neoliberalismus jedoch auch materiell den Nährboden für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt.“ (Butterwegge 1999, 156) Dabei lassen sich vor allem zwei Strömungen beobachten.

Zum einen versucht die „Neue Rechte“ sich als entschiedene und konsequente Vertreter der neoliberalen Umbrüche zu präsentieren. Dieser „modernisierte Rechtsextremismus hat mit dem ‚alten‘ Faschismus bloß noch wenig gemein und ist nicht vorstellbar ohne Bezug auf die populärsten Parolen des Neoliberalismus.“ (Butterwegge 1999, 89) Ihnen geht es darum, „die ‚Ellbogengesellschaft‘ des Postfordismus dadurch anzunehmen, daß sie die ‚Nutznießer‘ des Fordismus“ ausschließen (Steinmetz 1994, 35) Gemeint sind alle, die als „sozialer Ballast“ die Chancen des „Standorts Deutschland“ beeinträchtigen: Asylbewerber, ausländische Arbeitnehmer, „Sozialschmarotzer“, Drogenabhängige und Bettler und andere - erschreckend daran ist vor allem, wie „normal“ und verbreitet diese Positionen bereits sind: „Aufgrund seiner Adaption neoliberale Ideologeme verfügt der Rechtsextremismus heute zum ersten Mal nach 1945 über eine ‚moderne‘ Programmatik, die weitgehend dem gesellschaftlichen Mainstream entspricht, mit den Interessen einflußreicher Gruppen harmonisiert und mit den Strategiekonzepten politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Führungskräfte korrespondiert.“ (Butterwegge 1999, 91) Im Unterschied zu konservativen und sozialdemokratischen Neoliberalen hat die moderne Rechte keine Hemmungen, die Forderungen nach mehr Markt und Wettbewerb ausdrücklich mit den Vorstellungen eingeschränkter (oder beseitigter) Demokratie zu verbinden. Dieser Teil der Rechten ist zudem der Erscheinung nach „anständig“, trägt keine Bomberjacken und Springerstiefel, randaliert nicht, sondern kleidet sich mit gepflegten Anzüge und ist in den Umgangsformen „kultiviert“. „Träger eines modernen neofaschistischen Projekts in Deutschland sind [beispielsweise] die akademisch gebildeten Ideologen um [die] *Junge Freiheit* und ähnliche Organe“ (Steinmetz 1994, 35; Einf. UH). Die andere rechtsextremistische Position speist sich eher aus einer Sehnsucht nach den (imaginierten) fordistischen Verhältnissen. Diese zeichnet sich dadurch aus, daß sie im autoritären Staat das Bollwerk gegen die Zumutungen der Globalisierung erblickt, sie will in frühere Zeiten zurück, den aktuellen Unsicherheiten und Ungewissheiten entgehen.²⁸ Einig weiß sie sich mit der anderen Fraktion in der Ablehnung aller Nicht-Deutschen und der „Müßiggänger“. Sind auf der „modernisierten“ Seite die Ideologen zu finden, die sich in den Debatten placieren und behaupten wollen,²⁹ sind auf der Seite des „traditionellen“ Rechtsextremismus tendenziell eher diejenigen zu finden, die mit Gewalt und Einschüchterung in den Straßen marschieren.

Auch wenn die „Klasse der Entbehrlichen“ nicht per se als besonders anfällig für rechtsextremistische Ideologien zu betrachten ist,³⁰ stellt sie doch ein Reservoir dar, um daß sich die Rechte müht. Und der politisch interessierte Versuch, großen Gruppen dieser sozial Ausgegrenzten das Gefühl *unentbehrlicher Sturmabteilungen* zu bieten, kann nicht ausgeschlossen

28 In diesen Zusammenhang ist auch die Beobachtung zu stellen, daß rechtsextremistische Parteien zunehmend auch in traditionell sozialdemokratische, gewerkschaftliche Milieus einbrechen und bei Wahlen Stimmen gewinnen.

29 In diesem Zusammenhang steht die utilitaristisch-verkürzte Rezeption Gramscis bei der Neuen Rechten (z.B. von Alain de Benoist); vgl. Pfahl-Traughber 1998.

30 Die bisherigen Untersuchungen verweisen eher auf eine mit der Verarmung einhergehende Partikularisierung der Handlungsräume und auf die zunehmende politische Desartikulation (vgl. bspw. Häußermann 1997, 17). Es wird aber weiterhin mit diesen Gruppen Politik gemacht, die auch wenn sie von den „besten Absichten“ getragen ist, zumindest doppelschneidig ist: die Skandierung sozialer Probleme wird auch als Drohung mit „gefährlichen Klassen“, mit „sozialem Sprengstoff“, mit „sozialen Brennpunkten“ gelesen werden, die an Stelle der (erwünschten) sozialen Integration ganz andere Maßnahmen provozieren (siehe dazu Cremer-Schäfer 1997, 155ff und (mit Beispielen versehen) Ronneberger / Lanz / Jahn 1999, 171ff).

)0160)0160)0160)0

LITERATUR:

- Altvater, Elmar (1992): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“; Münster.
- Barben, Daniel (1997): Neoliberale Formierung der Biotechnologie?; in: Das Argument - Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 220, Heft 3 1997, S. 383 - 396.
- Bischoff, Joachim (1999): Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Systemkrise oder Rückkehr zur Prosperität?; Hamburg.
- Boyle, T. Coraghessan (1996): América, München Wien.
- Bruch, Michael / Krebs, Hans-Peter (Hg.) (1996): Unternehmen Globus. Facetten nachfordistischer Regulation; Münster.
- Butterwegge, Christoph (1999): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. 2. Aufl.; Opladen.
- Butterwegge, Christoph / Hickel, Rudolf / Ptak, Ralf (1998): Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie; Berlin.
- Braun, Bernard / Reiners, Hartmut (1999): Über die Notwendigkeit politischer Steuerung im Gesundheitswesen; in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 9, September 1999, S. 1081 - 1091.
- Cremer-Schäfer, Helga (1997): Ausschließen und Grenzen verwalten. Zur Arbeitsteilung von sozialer Arbeit und Kriminalpolitik; in: Widersprüche - Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 66, S. 151 - 163.
- Davids, Cindy / Hancock, Linda (1998): Polizei, Verantwortlichkeit und Bürgerrechte unter der Regie neuer Steuerungsmodelle und ökonomischer Realitäten; in: Widersprüche - Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 69, S. 19 - 40.
- Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie; Münster.
- Ewald, Francois (1993): Der Vorsorgestaat; Frankfurt/Main.
- Gössner, Rolf (1998): Bürgerrechtliche Kosten der „genetischen Rasterfahmung“; in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 9, September 1998, S. 1105 - 1112.
- Gruber, Petra C. / Zapotoczky (Hg.) (1999): Globalisierung versus Demokratie? Plädoyer für eine umwelt- und sozialverträgliche Weltordnung; Frankfurt/Main.
- Häußermann, Hartmut (1997): Armut in den Großstädten - eine neue städtische Unterklasse?; in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft Heft 1 (März 1997), S. 12 - 27.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus; Berlin.
- Hirsch, Joachim (1998): Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat; Berlin.
- Hübner, Kurt (1996): Globalisierung, Hegemonie und die Aufwertung des Regionalen; in: Bruch / Krebs (Hg.) (1996), S. 40 - 58.
- Jäger, Michael (1996): Global Players und heimliche Weltmarktführer oder das Problem, die „Weltgesellschaft“ zu begreifen; in: Freitag Nr. 26, 21.6.1996, S. 13.
- Kebir, Sabine (1991): Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag - Ökonomie - Kultur - Politik; Hamburg.
- Keil, Roger (1993): Weltstadt - Stadt der Welt. Internationalisierung und lokale Politik in Los Angeles; Münster.
- Krätke, Michael R. (1997): Globalisierung und Standortkonkurrenz; in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft Heft 2 Juni 1997), S. 202 - 232.
- Kronauer, Martin (1997): „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung; in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft Heft 1 (März 1997), S. 28 - 49.
- Legnaro, Aldo (1997): Konturen der Sicherheitsgesellschaft; in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft Heft 2 (Juni 1997), S.271 - 284.
- Lenhardt, Gero / Offe, Claus (1977): Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik; in:

- Christian v. Ferber / Franz-Xaver Kaufmann (Hg.): Soziologie und Sozialpolitik. Sonderheft 19 / 1977 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 98 - 127.
- Lessenich, Stephan (1999): Vorwärts - und nichts vergessen. Die neue deutsche Sozialstaatsdebatte und die Dialektik sozialpolitischer Intervention; in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 116, S. 411 - 430.
- Lindenberg, Michael / Schmidt-Semisch, Henning (1995): Sanktionsverzicht statt Herrschaftsverlust. Vom Übergang in die Kontrollgesellschaft; in: Kriminologisches Journal 1, S. 2 - 17.
- Lipietz, Alain (1997): Die Welt des Postfordismus. Über die strukturellen Veränderungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften; Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/1997.
- Lodovico, Ludi (1992): Wem das Posthorn bläst - zur Konstruktion und Konjunktur des Nationalen; in: Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Heft 87, S. 189 - 206.
- Mahnkopf, Birgit (1998): Soziale Demokratie in Zeiten der Globalisierung? Zwischen Innovationsregime und Zählung der Marktkräfte; in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 11, November 1998, S. 1318 - 1330.
- Matthies, Hildegard u.a. (1994): Arbeit 2000. Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung; Reinbek bei Hamburg.
- Obrecht, Andreas (1999): Folgen der Globalisierung und Modernisierung in Dorfkulturen der III. Welt - am Beispiel ethnischer Gesellschaften Ostafrikas und Melanesiens; in: Gruber / Zapotoczeky (Hg.) (1999), S. 93 - 146.
- Pfahl-Traugher, Armin (1998): „Gramscismus von rechts“? Die Entwicklung einer Strategie der Kulturrevolution und die Rezeption Antonio Gramscis durch die Neue Rechte in Frankreich und Deutschland; in: Akademie der Politischen Bildung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 4 (August 1998).
- Ptak, Ralf (1998): Verordnet - geduldet - erledigt? Zur Entwicklung des deutschen Sozialstaates im historischen Kontext; in: Butterwegge / Hickel / Ptak (1998), S. 9 -60.
- Revelli, Marco (1997): Vom „Fordismus“ zum „Toyotismus“. Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialmodell im Übergang; Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/1997.
- Röttger, Bernd (1997a): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Zur politischen Konstitution des Marktes; Münster.
- Röttger, Bernd (1997b): Politökonomische Kritik oder politizistische Skandierung; in: Hans-Jürgen Bieling / Joachim Bischoff / Jörg Huffscheid / Bernd Röttger: Total Global? Weltmarkt -Nationalstaat - Neoliberalismus; Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/1997, S. 13 - 23.
- Röttger, Bernd (1997c): Rückkehr zum sozialen Kapitalismus? Die herrschaftliche Inszenierung klassenförmiger Ungleichheit im Neoliberalismus; in: Widersprüche - Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 66, S. 7 - 24.
- Ronneberger, Klaus (1998): Kontrollierte Autonomie und rigide Norm. Zur neoliberalen Restrukturierung des Sozialen; in: Widersprüche - Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 69, S. 41 - 50.
- Ronneberger, Klaus / Lanz, Stephan / Jahn, Walther (1999): Die Stadt als Beute; Bonn.
- Rufin, Jean-Christophe (1993): Das Reich und die neuen Barbaren; Frankfurt/Main u. Wien.
- Scharper-Rinkel (1999): Zur politischen Produktion von Sachzwängen. Die europäische Informationsgesellschaft als regulativer Rahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit; in: Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Heft 114, S. 29 -53.
- Spiewak, Martin / Uchatius, Wolfgang (1999): Der Mensch als Firma; in: Die Zeit Nr. 28 vom 8.7.99.
- Steffens, Tomas (1997): Die Zukunft der Gesetzlichen Krankenversicherung; in: Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Heft 106, S. 29 -53.
- Steinmetz, George (1994): Die (un-)moralische Ökonomie rechtsextremer Gewalt im Übergang zum Postfordismus; in: Das Argument - Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 203, Heft 1 1994, S. 23 - 40.
- Streek, Wolfgang / Heinze, Rolf (1999): An Arbeit fehlt es nicht. Die bisherige Beschäftigungspolitik

- ist gescheitert, eine radikale Wende unumgänglich: Im Dienstleistungssektor könnten Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen; in: Der Spiegel Nr. 19 vom 10.5.99, S. 38 - 45.
- Udeani, Chibueze (1999): Afrika und die Globalisierung - die Auswirkungen der Globalisierung der Weltwirtschaft auf die afrikanische Wirtschaftsentwicklung; in: Gruber / Zapotoczky (Hg.) (1999), S. 147 - 165.
- Voy, Klaus / Polster, Werner / Thomasberger, Claus (Hg.) (1991): Gesellschaftliche Transformationsprozesse und materielle Lebensweise. Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989), Band 2; Marburg/Lahn.
- Wacquant, Loic J.D. (1997): Vom wohltätigen zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika; in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft Heft 1 (März 1997), S. 50 - 66.
- Zeuner, Bodo (1998): Das Politische wird immer privater. Zu neoliberaler Privatisierung und linker Hilflosigkeit; in: Michael Heinrich / Dirk Messner (Hg.): Globalisierung und Perspektiven linker Politik. Festschrift für Elmar Altvater zum 60. Geburtstag; Münster.